

StudentInnenrat

Stellungnahme zu »Auszüge: Konzept der Hochschul- und Forschungsstruktur im Freistaat Sachsen«

»Das neue wissenschaftspolitische Bild im Freistaat Sachsen zielt auf die Rückkehr der Wissenschaft in die Traditionen europäischer und deutscher Wissenschaft, zugleich auf eine erneuernde Fortführung der besonderen Erfahrungen, die in Sachsen gesammelt worden sind.« Und es »geht davon aus, daß die auf Universalität des Fragens zielende Humboldtsche Konzeption auch heute ihre 'tigkeit behält.« So heißt es in den »Wissenschaftspolitische(n) Zielvorstellungen« des in Rede stehenden Papiers.

Fehlende Modernität

»Rückkehr in Traditionen«, »Fortführung besonderer Erfahrungen« und »Humboldtsche Konzeption« können nur bestimmte Elemente zukunftsorientierter Wissenschaftspolitik sein, wenn sie mit dem Anspruch von Modernität verknüpft werden. Genau dies fehlt in den »Wissenschaftspolitische(n) Zielvorstellungen«.

Die immerhin formulierte Absicht, die Hochschul- und Forschungslandschaft »dem technischen Zeitalter gemäß« gestalten zu wollen, genügt keineswegs heutigen künftigen Anforderungen.

Der Anspruch der Modernität verlangt nach entsprechenden Akteuren und Strukturen, durch die und in denen Inhalte erforscht und vermittelt werden können, die den zivilisatorischen Herausforderungen gemäß sind. Insbesondere muß die Durchsetzung von Modernität strukturell verankert sein. Andernfalls werden immer wieder kognitiv verursachte, interessenmotivierte und/oder mental begründete Widerstände, die menschlichem Verhalten und gesellschaftlichen Verhältnissen immanent sind, dominieren können.

Was müssen Hochschulen und Wissenschaft leisten können?

Die Komplexität unseres Zeitalters muß ihre adäquate Formulierung in komplexen Fragestellungen und ihre adäquate Vermittlung in komplexen (= universitär im ursprünglichen Sinne) Bildungsangeboten

finden. Potentiell besteht die spezifische Leistungsfähigkeit von Hochschulen und Forschung in der komplexen wissenschaftlichen Fragestellung, in der Realisierung eines ebenso gearteten Erkenntnisprozesses sowie der Vermittlung dessen an die Studierenden.

Mit den vorgeschlagenen Strukturen für die sächsische Hochschul- und Forschungslandschaft können diese Notwendigkeiten nur in sehr bescheidenen Ansätzen realisiert werden. Dominiert werden die Vorschläge von dem weitgehenden Bestreben, eine Mischung aus der Rückkehr zu den Strukturen im DDR-Hochschulwesen vor der 3. Hochschulreform 1968/69 einerseits und der Implantierung westdeutscher Strukturen andererseits zu kreieren.

Erneute disziplinäre Abschottung

»Ein wesentliches Element der Vor-68-Orientierung ist die Wiedereinführung der alten Fakultätsstrukturen als das »akademisch Gewohnte«. Disziplinäre Abschottungen werden so erneut festgeschrieben. Daran ändert auch die Motivation, damit »das sowjetische Konzept einer übertriebenen Spezialisierung« aufheben zu wollen, nichts. Die Orientierung auf materiell verwertbare universitäre Strukturen zeigt sich in geringeren Personalkürzungen im naturwissenschaftlichen im Gegensatz zum sozial-/ geisteswissenschaftlichen Bereich. Innerhalb dessen fällt die starke Betonung einer geisteswissenschaftlichen zu Lasten einer sozialwissenschaftlichen Orientierung auf. Auch wenn damit offenbar das im Zuge der 3. Hochschulreform gewollte und erfolgte Hinausdrängen der »bürgerlichen Intelligenz« repariert werden soll: Diese Gewichtungen entsprechen weder zivilisatorischen Anforderungen noch internationalen Trends.

Das herausragende Element der Übernahme westdeutscher Hochschulstrukturen findet sich bei der vorgesehenen Gliederung des tertiären Bereichs in Universitäten, Fachhochschulen, Künstlerische Hochschulen sowie als Annex Berufsakademien. Zu kritisieren ist hier weniger diese Gliederung. Für jeden dieser Schultypen besteht Nachfrage durch Studierwillige, und für je-

den dort ausgebildeten Absolvententyp besteht Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt.

Zu kritisieren ist vielmehr, daß schon prognostisch die zu erwartenden Überlastprobleme der Universitäten durch die FH-Angebote und die zu erwartenden FH-Überlastprobleme durch Berufsakademien »gelöst« werden sollen.

Dies ist um so mehr zu kritisieren, wenn mit dem gleichen Hochschulstrukturkonzept die Voraussetzungen für die Überlast durch extreme Personalstellenkürzungen geschaffen werden sollen. Damit wird künstlich ein größerer Bedarfsumfang für FH- und BA-Ausbildungsangebote geschaffen. Dieser wird durch die Unmöglichkeit, an der Universität bzw. FH vernünftig studieren und die Regelstudienzeit einhalten zu können, entstehen.

Orientierung verfehlt

Die Orientierung der Personalstruktur an westdeutschen Lehrkräfte-Studierenden-Verhältnissen halten wir für wissenschafts- und haushaltspolitisch verfehlt. Die Orientierung sollte vielmehr am Lehrkräfte-AbsolventInnen-Verhältnis erfolgen. Nur so können die mittel- und langfristigen haushaltspolitischen Folgen der Kausalkette Stellenabbau-Überlast-Regelstudienzeit-überschreitung erfaßt werden.

Zudem fühlen wir uns zur Verteidigung universitärer Bildung und Forschung verpflichtet, da gesamtheitliche Bildungsvermittlung einen Wert der modernen Gesellschaft darstellt. Dieser ist – ähnlich wie Menschenrechte und Sozialstaatlichkeit – kein Luxus, sondern konstitutiver Bestandteil einer auf komplexe Problemlösungen orientierten Gesellschaftsentwicklung. Die Einordnung der künstlerischen Hochschulen zwischen FH's und Berufsakademien entspricht – sofern damit eine Bewertung gemeint sein soll – nicht den Anforderungen an eine künstlerische Ausbildung. Diese muß vielmehr vom Ansatz her universitär sein. Entsprechend müssen auch die Strukturen der Fachbereiche an diesen Hochschulen außerkünstlerische und -kunstwissenschaftliche Inhalte und Ausbildungsangebote integrieren.

Wir fühlen uns zur Verteidigung universitärer Bildung und Forschung verpflichtet, da gesamtheitliche Bildungsvermittlung einen Wert der modernen Gesellschaft darstellt. Dieser ist – ähnlich wie Menschenrechte und Sozialstaatlichkeit – kein Luxus, sondern konstitutiver Bestandteil einer auf komplexe Problemlösungen orientierten Gesellschaftsentwicklung.

Was ist im einzelnen am vorliegenden Papier zu kritisieren

1. Der Vergleich der Einwohnerzahl Sachsens mit der des Bundeslandes Baden-Württemberg, auf dessen Grundlage das vorliegende Papier erarbeitet wurde, ist in höchstem Maße fragwürdig: Sachsen ist traditionell ein Land, das einen hohen Anteil Studierender anderer Bundesländer aufnimmt. So beträgt der »Import« in Sachsen derzeit ca. 40 %, in Baden-Württemberg nur 0,3 %.
2. Den selbst im vorliegenden Papier prognostizierten extrem hohen StudienanfängerInnenzahlen für die kommenden Jahre werden dieses Problem nicht reflektierende Personalkürzungen entgegengesetzt.
3. Die aus dem Personalabbau entstehenden Probleme werden aus dem Verantwortungsbereich des Ministeriums delegiert und an andere Träger (z. B. Sonderprogramme für ältere Arbeitnehmer) übertragen. Hierbei handelt es sich ausschließlich um Alternativen, die auf Eventualitäten basieren und nicht in eine geplante Struktur eingehen können.
4. Die Humboldtsche Konzeption kann nicht nur »universelles Fragen« beinhalten, sondern sie muß auch auf die universelle, fachübergreifende Ausbildung der Studierenden angewendet werden. Das heißt, ein Studium generale/universale muß Eingang in die Struktur der zukünftigen sächsischen Hochschulen finden.

Des weiteren haben wir folgende Kritikpunkte und Anmerkungen:

1. Im Bereich Theologie wird trotz der Integrierung der kirchlichen Hochschule in die Universität der übergroße Teil der Stellen beider Einrichtungen erhalten. Warum ist das nicht auch z. B. in nichttheologischen sozial-geisteswissenschaftlichen Bereichen zu realisieren ?
2. Bei der vorgesehenen weitestgehenden Beschneidung des Mittelbaus und ohne die entsprechenden Mittel (Stipendien) ist die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses nicht mehr zu realisieren.
3. Die Überzeugung von der Überlegenheit westlicher Hochschulstrukturen hört

ausgerechnet bei der Frauenforschung auf, die nirgends im vorliegenden Konzeptpapier auftaucht, obwohl gerade in den östlichen Bundesländern die Notwendigkeit frauenspezifischer Projekte noch größer ist als in den westlichen Bundesländern.

4. Es entsteht der Eindruck, daß Dezimierungen Leipziger Bereiche zugunsten des Aufbaus in Dresden (bzw. Chemnitz) vorgenommen werden sollen. (Besonders auffällig hier die sportwissenschaftliche Fakultät, deren funktionierende Strukturen an der Leipziger Universität zerschlagen werden, um ähnliche Einrichtungen in Dresden und Chemnitz aufzubauen.)

5. Der Hochschulsport ist wichtiger Bestandteil des studentischen Lebens und muß daher im Strukturgesetz verankert werden. Eine pauschale Einbindung in die sportwissenschaftlichen Fakultäten ist unserer Meinung nach nicht ausreichend und wird perspektivisch zu einem Schattendasein des Hochschulsports führen.

6. Die Bereiche Kulturwissenschaften, Afrika-Nahost-Wissenschaften und Editions-wissenschaften sind für das Profil der Universität unabdingbar, finden jedoch im vorliegenden Papier keinerlei Erwähnung.

7. Die Universitäten im Osten Deutschlands sollten sich auf ihre Erfahrungen mit den Ländern Osteuropas stützen: So ist nicht zu verstehen, warum traditionelle Ausbildungen wie Tschechisch und Polnisch nicht in der zukünftigen Struktur enthalten sein sollen. Auch Portugiesisch fand keinerlei Erwähnung.

8. Die förderpädagogischen Fachrichtungen müssen in ihrer Konzentration auf die angegebenen Bereiche auch die Förderung von Kindern mit Sinnesschädigungen umfassen.

9. Wir schlagen vor, die Universität Leipzig in »Sächsische Landesuniversität Leipzig« umzubenennen. Damit würde der langen Tradition dieser Bildungseinrichtung Rechnung getragen. Unseres Erachtens ist dieser Schritt unter anderem notwendig, um die Stellung des Hochschulstandortes Leipzig zu untermauern und zu verhindern, daß in Dresden auf Kosten der Leipziger Universität eine Volluniversität errichtet wird.

Wodurch muß - zusammengefaßt - u. E. eine moderne Hochschulstruktur gekennzeichnet sein?

1. Orientierung an Problemstellungen und nicht an fachdisziplinären Strukturen;
1a. ebenso tatsächlich interdisziplinäre statt lediglich multidisziplinäre Strukturen.
2. Strukturelle Verankerung von Möglichkeiten ganzheitlicher Bildungsaneignung an Universitäten und Fachhochschulen, z. B. durch ein Studium generale.
3. Orientierung der Bildungsangebote an der wirklichen Studiennachfrage statt künstlicher Schaffung einer verstärkten Nachfrage nach nichtuniversitären Ausbildungen;
3a. Stellenpläne für und materiell-räumliche Ausstattung der Hochschulen, die zum einen sichern, daß der Großteil wissenschaftlicher Forschung an den Hochschulen stattfinden kann, und die zum anderen die Einhaltung der Regelstudienzeit ermöglichen.
4. Tatsächliche Gleichwertigkeit der FH-Ausbildung, d. h. wirklich wissenschaftlicher Charakter der dortigen theoretischen Ausbildungsteile.

Am 15. Januar 1992 verstarb im Alter von 65 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit Professor Dr. jur. habil.

Walter Orschekowski.

Die Universität Leipzig betrauert den Verlust eines namhaften, im In- und Ausland geachteten Wissenschaftlers, der mehr als 40 Jahre die Geschichte der Juristenfakultät und der Universität mitgestaltet hat. Vielen Generationen von Studenten und jungen Wissenschaftlern war er stets fordernder und fördernder Lehrer. Seine zutiefst humanistische Grundhaltung hat ihm die Kraft gegeben, seine persönliche Integrität gegenüber jenen zu wahren, die sein Ansehen unter Berufung auf seine weltanschauliche Überzeugung zu mißbrauchen trachteten. Die Universität Leipzig wird dem Verstorbenen ein ehrenvolles Gedenken bewahren.